Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Petition 195636

Gesundheitswesen - Einführung einer verpflichtenden, regelmäßigen Erste-Hilfe-Ausbildung für alle Bürgerinnen und Bürger

Text der Petition	Mit der Petition wird die Einführung einer verpflichtenden Erste-Hilfe-Ausbildung für alle Bürgerinnen und Bürger in regelmäßigen Abständen gefordert. Ziel ist es, die Bevölkerung handlungsfähig zu machen, um im Notfall sicher Erste Hilfe leisten zu können. Die Kosten sollen teilweise von den Krankenkassen übernommen werden, um eine flächendeckende Teilnahme zu ermöglichen und die Zahl der qualifizierten Ersthelfer in Deutschland zu erhöhen.
Begründung	In Deutschland sterben jedes Jahr viele Menschen an Herz-Kreislauf-Stillständen und anderen medizinischen Notfällen. Häufig sind Umstehende unsicher oder haben Angst, etwas falsch zu machen, weil sie keine ausreichende Erste-Hilfe-Ausbildung haben oder diese lange zurückliegt. Derzeit ist ein Erste-Hilfe-Kurs nur für bestimmte Gruppen verpflichtend, zum Beispiel beim Führerschein oder für betriebliche Ersthelfer. Viele Menschen haben ihren letzten Kurs vor Jahrzehnten besucht oder nie einen absolviert. Dadurch geht wertvolles Wissen verloren, und potenzielle Helfer zögern im Ernstfall. Eine regelmäßige, verpflichtende Erste-Hilfe-Ausbildung für alle Bürgerinnen und Bürger würde die Sicherheit im öffentlichen Raum, in Familien und in Unternehmen deutlich erhöhen. Wenn mehr Menschen wissen, wie sie bei Herzstillstand, Unfällen oder akuten Erkrankungen reagieren müssen, können Leben gerettet werden. Die Finanzierung sollte teilweise durch die Krankenkassen erfolgen, da Prävention und schnelle Ersthilfe langfristig Kosten im Gesundheitssystem senken können. Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, Johanniter, Malteser und andere Hilfsorganisationen könnten die Kurse durchführen und dadurch gestärkt werden. Durch diese Maßnahme würde Deutschland die Erste-Hilfe-Kompetenz der Bevölkerung erheblich verbessern, die Bereitschaft zur Hilfeleistung erhöhen und eine Kultur der Verantwortung und Solidarität fördern.